

Mitgliederinformation – Nr. 1 / 2026

Aßling, 15. Februar 2026

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir hoffen, Sie und Ihre Familien sind gut und gesund in das neue Jahr gestartet.

Seit unserem letzten Informationsschreiben aus dem Dezember 2025 hat sich auf verbands- und bildungspolitischer Ebene erneut einiges ereignet oder bahnt sich zumindest an. Hier die zentralen Themenfelder:

1. Ferienangebote unter Schulaufsicht – gute Absicht allein reicht nicht

Weder mit dem Gesetzentwurf noch mit der zugehörigen KMBek, die sich derzeit in der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände befindet, können wir zufrieden sein. In beide Verfahren haben wir uns in Arbeitskreisen und politischen Gesprächen kritisch eingebracht – mit dem Ziel, die damit einhergehende Belastung für die Staatlichen Schulämter und Bezirksregierungen so gering wie möglich zu halten. Dies war auch das erklärte Ziel des StMUK. Doch trotz rechtlich nachvollziehbarer Notwendigkeiten sind die Papiere in ihrer derzeitigen Form für uns standespolitisch nicht akzeptabel. Zu groß ist der zu erwartende neuerliche Mehraufwand.

2. Mehr Bürokratie statt weniger

Leider entsteht der Eindruck, dass das Kultusministerium auch in puncto Bürokratieabbau nicht das entsprechende Tempo und die passende Schwerpunktsetzung erkennen lässt. Zwar sind die vereinfachte Form der KMS, Neuerungen im OWA-Portal und die Entlastung bei der Einschätzung während der Probezeit sehr erfreuliche Änderungen, aber an anderer Stelle wird Bürokratie wieder aufgebaut. Besonders deutlich wird dies im Verfahren der Sprachstandserhebungen, des Startchancenprogramms sowie in der Planung zum oben genannten Ferienangebot unter Schulaufsicht. Frau Staatsministerin Stolz ist anzumerken, dass sie dieses Thema umtreibt. Den Bock jedoch wirklich umzustoßen, gelingt bislang auch ihr nicht. Wer Entbürokratisierung ernst meint, darf nicht laufend neue Verpflichtungen für Schulen und Schulaufsicht schaffen.

3. Anpassung in der Besoldung – wo bleibt die Schulaufsicht?

Die kürzlich veröffentlichten Vollzugshinweise zur periodischen dienstlichen Beurteilung verweisen in Anlage 3 auf eine geplante Hebung in der Besoldung von Schulleitungen an großen Schulstandorten. Darin heißt es: „A15 ab 01.09.2028“.

Entscheidend für uns wird sein, was im Nachgang dessen passiert: Wird die Besoldung der Schulaufsicht nicht entsprechend angepasst, wird sich die Situation in der Nachwuchsgewinnung für die Schulaufsicht weiter verschärfen und der Unmut unserer Berufsgruppe zurecht weiter anwachsen. Es kann nicht sein, dass Schulleitungen im Grund- und Mittelschulbereich dann auf eine und derselben Besoldungsstufe stehen wie die zugehörige Schulaufsicht. Noch vermissen wir Bekenntnisse aus Landtag und Ministerium für entsprechende Anpassungen bei der Schulaufsicht an Grund-, Mittel- und Förderschulen. Daher sagen wir nochmals in aller Deutlichkeit: Kommt es nach den Verbesserungen für Schulleitungen nicht zu den erforderlichen weiteren Schritten, sehen wir uns gezwungen, den Klageweg zu beschreiten.

4. Witterungsbedingter Unterrichtsausfall und andere Krisen

Im Rahmen eines Austauschs mit Vertretern des StMUK und des HPR haben wir erneut auf die problembehaftete Rolle der Staatlichen Schulämter als in der Regel letztentscheidende Institution hingewiesen. Nächtliche Einsätze und Entscheidungen außerhalb unseres grundständigen Kompetenzbereichs stellen ein großes Belastungspotenzial dar. Leider sehen wir wenig Aussicht auf strukturelle Änderungen in diesem Bereich. Vielmehr ist zu befürchten, dass auf die Schulaufsicht zeitnah auch im Bereich der zivilen Verteidigung eine zentrale Aufgabe zukommen wird. Hierzu haben wir deutlich gemacht, dass wir grundsätzlich bereit sind, beratend tätig zu sein, aber keinesfalls in eine neuerliche Entscheiderrolle gedrängt werden dürfen. Das vielfach vorgebrachte Argument, nur die Schulämter könnten dies leisten, können wir im Kontext ständiger Aufgabenmehrungen nicht mehr gelten lassen. Im März findet ein Dialog mit der Staatsministerin zu diesem Thema statt. Auch dabei werden wir unsere Haltung klar zum Ausdruck bringen.

5. Darstellung der Schulaufsicht im Landtag – positives Statement der Staatsministerin

Uns liegt ein Beschlusspapier des Bayerischen Landtags zur Abgrenzung der Aufgaben von Schulleitungen und Schulaufsicht vor, zu dem ich auf Initiative einer Oppositionsfraktion ad hoc Stellung nehmen konnte. Im zugehörigen Abschlussbericht benennt Frau Staatsministerin Stolz unsere Aufgaben und Herausforderungen recht deutlich; Zitat: „*Die Bayerische Staatsregierung ist sich der hohen Arbeitsbelastung der Staatlichen Schulämter und der Schulleitungen in Bayern bewusst. In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben deutlich angewachsen.*“ Auch BSV-Positionen tauchen darin auf – allesamt ein Beleg dafür, dass die Staatsministerin grundlegend für die Schulaufsicht eintritt.

6. Staatskanzleichef Dr. Florian Herrmann (CSU) – positives Signal für die Schulaufsicht



Im Nachgang eines Besuchs in der Staatskanzlei Anfang Januar postete Herr Staatsminister Herrmann auf der Plattform X:

„Bayern ist Bildungsland! Habe mich heute zu einem konstruktiven Gespräch mit Jürgen Heiß, dem Landesvorsitzenden des Bayerischen Schulaufsichtsverbandes, in der Staatskanzlei getroffen. Bildung ist unsere Zukunft. Schulen spielen hier eine zentrale Rolle. Sie bereiten unsere Kinder auf das Leben vor und vermitteln Werte. Die Schulaufsicht spielt dabei für die hohe Qualität im bayerischen Bildungswesen und insb. bei der Umsetzung der bildungspolitischen Ziele vor Ort eine bedeutende Rolle.“

Ein Statement, das wir politisch für uns zu nutzen wissen.

7. Weitere Entwicklungen – in aller Kürze

a) Datengestützte Schulaufsicht

Richtiges Ziel, aber zu wenig Tempo in der Umsetzung.

b) SVS

Laut Amtschef Wunsch ist die Versorgung der Schulämter durch die Firma Fraas vorerst gesichert. Er trifft jedoch keine Aussage zu längerfristigen Perspektiven.

c) Mittelschul-Offensive

Der Vorstoß des StMUK zur Weiterentwicklung der Mittelschule bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die bestehenden Herausforderungen der Schulart werden mit den angedachten Instrumenten vermutlich nicht gelöst. Gleichzeitig gilt: Die Schulaufsicht in Bayern und der BSV werden die Schulart, an der täglich großartige Arbeit geleistet wird, weiterhin bestmöglich unterstützen. Die Mittelschule braucht Rückenwind - und das auf allen Ebenen.

d) Anstehende Gespräche

- Dialogveranstaltung „*Krisenresilientes Schulwesen*“ der Staatsministerin im März (s. Pkt. 4)
- Weiterer Austausch mit der Landtagsopposition – nächster Gesprächspartner: SPD
- Neuerlicher Austausch der KSD mit Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU)
- Fortlaufende Arbeit im Programmbeirat zum 3. *Deutschen Schulaufsichtskongress* am 12./13. November 2026 in Düsseldorf (<https://deutscher-schulaufsichtskongress.de>)
- Austauschgespräch mit Staatsministerin Stolz zu zentralen BSV-Themen (Belastungssituation, Personalausstattung, Besoldung, Entbürokratisierung, SCP etc.) im Mai – Berichterstattung folgt.

8. Verbandsinterne Hinweise

a) Empfehlung zu den HPR-Wahlen 2026

Bitte unterstützen Sie Herrn Stefan Pielmeier (stellvertretender BSV-Vorsitzender), um unsere Belange auch in diesem Gremium bestmöglich vertreten zu wissen.

b) Erinnerung: BSV-Landesversammlung am 15. und 16. Januar 2027 in Bamberg

Die Vorbereitungen laufen; nähere Informationen und die Einladung folgen.

c) Homepage und App

Nutzen Sie auch weiterhin unsere Informationskanäle für tagesaktuelle Hinweise.

Wir bleiben auch im Jahr 2026 an diesen und weiteren für unseren Berufsstand wesentlichen Themen dran - sachlich-kommunikativ, klar und mit dem nötigen Nachdruck.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Heiß

Landesvorsitzender

Bayerischer Schulaufsichtsverband e. V.